

WOLFDIETRICH HARTUNG

Sprachdiskurse und ihre Bedeutung für ethnische Zusammengehörigkeit und Abgrenzung

Ethnische Konflikte werden sehr häufig von sprachlichen begleitet. Manchmal werden die sprachlichen Konflikte gewissermaßen auf einem Nebenschauplatz ausgetragen. Oder sie bleiben noch unterhalb der Schwelle eines eigentlichen Konflikts, weisen nur auf eine oft negativ bewertete Andersartigkeit sprachlicher Ausdrucksweisen hin, wie sie schon zwischen benachbarten Dialekten empfunden werden kann. Oft bringt eine solche Andersartigkeit aber auch Konflikte hervor, die in das Zentrum von Auseinandersetzungen rücken: Das Bekenntnis zur ethnischen Zusammengehörigkeit wird zur Frage des Festhaltens an einer Sprache, und das Zurückdrängen eines solchen Bekenntnisses beginnt mit dem Unterdrücken eben der Sprache, die für bestimmte Menschen identitätsstiftend ist. Auch dem Anschluß eines Territoriums geht oft ein Sprachenkonflikt voraus. Er kann als Vorwand für den Anschluß dienen. Zumindest spielt er bei seiner Begründung und Rechtfertigung in der Regel eine wichtige Rolle. Aber auch nach vollzogenen Anschlüssen müssen Sprachenkonflikte nicht aufhören. Ein Anschluß kann neue sprachliche Diskriminierungen auslösen oder alte fortsetzen. Daraus entstehende Sprachdiskurse können Ausdruck der Ablehnung des Anschlusses sein oder ihn oder seine (vielleicht unerwünschten) Folgen rechtfertigen.

Es gibt allerdings auch ethnische Konflikte, die nicht oder jedenfalls nicht vordergründig sprachlich ausgetragen werden, die sich z. B. eher einer religiösen Symbolik bedienen. Beispiele lassen sich etwa im Verhältnis zwischen England und Irland finden (wo der ältere Sprachkonflikt heute gewissermaßen seine Energie verloren hat, nachdem die Mehrheit der Iren trotz Förderung des zur ersten Nationalsprache deklarierten Gälischen die englische Sprache übernommen hat), ebenso auch im Verhältnis zwischen Indien und Pakistan (wo die offiziellen Sprachen Hindi bzw. Urdu eine gemeinsame Grundlage besitzen trotz einer ansonsten ungewöhnlich großen sprachlichen Vielfalt) oder in vielen anderen asiatischen und afrikanischen Regionen. Manchmal scheint sprachliche (und ethnische) Verschiedenheit dem Streben nach Zusammenschluß oder Festigung bzw. Neubegründung einer (staatlichen) Einheit auch gar nicht ernsthaft entgegenzustehen; ein Beispiel dafür wäre, zumindest für eine bestimmte Zeit, etwa Indonesien, wo das Malaiische ganz bewußt gegenüber dem von der zahlenmäßig stärksten Sprachgruppe gesprochenen Javanischen als Grundlage für eine Einheitssprache gewählt wurde (vgl. Calvet 1988). Ursache

Wolfdietrich Hartung – Jg. 1933, Prof. Dr. sc.; bis 1991 Akademie der Wissenschaften der DDR (Zentralinstitut für Sprachwissenschaft), dann Institut für deutsche Sprache Mannheim, seit 1995 Rentner.
Arbeitsgebiete: deutsche Syntax, Soziolinguistik, Kommunikationstheorie, Gesprächsanalyse, Wissenschaftsgeschichte, Ost-West-Kommunikation. Neueste Publikationen: *Perspektivität im Gespräch* (1996); *Text und Perspektive* (1997); *Was ist »Ostjammer« wirklich? Diskurs-Ideologie und die Konstruktion deutsch-deutscher Interkulturalität* (1998, mit Alissa Shethar).

für diese Unterschiedlichkeit im Zurückgreifen auf Sprache in den verschiedenen ethnischen und interethnischen Prozessen sind die jeweils besonderen Bedingungen, unter denen Völker oder Volksgruppen zusammenleben bzw. Kontakt untereinander haben. In den zuletzt genannten Fällen spielt sicher auch die koloniale Abhängigkeit eine besondere Rolle. In Europa und auch in der ehemaligen SU bzw. in Rußland verbanden und verbinden sich ethnische Konflikte offenbar schneller mit sprachlichen.

Der Zusammenhang zwischen Sprache und ethnischem Konflikt ist also nicht ganz einfach und vor allem nicht geradlinig in einer Weise, daß die verschiedenen Arten von Konflikten sich gegenseitig hervorbringen oder ineinander enthalten sind. Wenn Sprachen in Kontakt zueinander treten, kann es überall Konflikte geben, und es hat sie vielleicht auch zu allen Zeiten gegeben. (Wie sehr Verschiedensprachigkeit schon früh als ein Übel empfunden wurde, zeigt die alttestamentarische Geschichte von der Sprachverwirrung nach dem Turmbau zu Babel.) Aber es muß keine Konflikte geben. Ein Konfliktpotential muß erst wachsen. Und von der Art, wie es wächst, hängen dann auch die Austragungsformen eines Sprachenkonflikts ab.

Was ist ein sprachlicher Konflikt oder Sprachenkonflikt? Vor allem ist zu betonen, daß es sich immer um Konflikte zwischen Sprechern handelt, nicht zwischen Sprachen. Der übliche Sprachgebrauch ist hier also etwas ungenau. Sprachenkonflikte entstehen dann (genauer: können dann entstehen), wenn es in einem Territorium Sprecher unterschiedlicher Sprachen oder Varietäten (das sind Varianten ein und derselben Sprache) gibt und wenn eine dominierende Sprechergruppe mit ihrer Sprache wichtige Teile des öffentlichen Lebens kontrolliert und dabei die mit dieser Sprache verbundenen Normen und Werte durchzusetzen versucht. Dabei kann es sich um (annähernd) gleich mächtige Sprechergruppen handeln, die innerhalb eines gemeinsamen Staates konkurrieren (wie etwa in Belgien oder Kanada). Oder die eine Sprechergruppe kann einer mehr oder weniger deutlichen Unterdrückung durch eine andere ausgesetzt sein; die Unterdrückten sind meist Minderheiten, müssen es aber, etwa im Ergebnis kriegerischer Eroberungen, nicht sein.

Sprachliche Kontrolle und Durchsetzung von Normen einer dominierenden Sprache erfolgen durch eine Reihe von sprachpolitischen Maßnahmen und Sanktionen:

Faktischer Ausschluß der dominierten Sprache aus weiten Bereichen der Kommunikation bis hin zum Verbot. Damit werden soziale Integration oder sozialer Aufstieg der dominierten Sprechergruppe erschwert oder verhindert, die zusätzlich zu ihrem meist niedrigeren sozialen und ökonomischen Status nun auch sprachlich benachteiligt ist.

Einschränkung oder Verbot des Schulunterrichts in der dominierten (Mutter)Sprache. Damit wird insbesondere die Möglichkeit der ethnischen Identifikation beeinträchtigt.

Sanktionen werden oft damit verbunden, daß Werte einer Sprache in Frage gestellt oder lächerlich gemacht werden.

Die dominierte Sprechergruppe, die keine Minderheit darstellen muß, hat im Prinzip zwei Möglichkeiten: Sie kann sich entweder der gegebenen Situation anpassen, d.h., die dominierende Sprache

übernehmen und die eigene nach und nach aufgeben. Dann entsteht kein ausgedehnter Konflikt. Oder sie kann sich widersetzen. Dann entstehen die eigentlichen Konflikte. Welcher Weg gewählt werden kann, hängt von verschiedenen Bedingungen ab, u. a. von der zahlenmäßigen, ökonomischen und kulturellen Stärke oder von der Unterstützung von außen (wenn die betreffende Sprache etwa außerhalb des Territoriums in einem selbständigen Staat gesprochen wird).

Warum aber wird einer Sprache von ihren Sprechern überhaupt so große Bedeutung beigemessen? Wenn wir diese Bedeutung richtig verstehen wollen, müssen wir uns klar machen, daß Sprache für Sprecher in zweierlei Hinsicht wichtig ist: als Kommunikationsmittel und als Symbolsystem. Natürlich hängt beides eng miteinander zusammen; wegen der funktionalen Unterschiede ist es aber sinnvoll, die beiden Aufgaben von Sprache auseinanderzuhalten, gerade wenn wir den uns manchmal beinahe irrational erscheinenden Umgang mit Sprache in ethnischen Konflikten verstehen wollen.

Als Kommunikationsmittel muß Sprache eine hinreichende Verständigung ermöglichen. Das setzt vor allem voraus, daß bestimmte Signale erkannt und in einer Weise auf Inhalte bezogen werden, die in einer gegebenen Sprachgemeinschaft üblich ist. Verständigungsprobleme treten dann auf, wenn Signale nicht erkannt und Zuordnungen zu Inhalten zwischen den Sprechern in einem größeren Umfang differieren. Das ist vor allem dann der Fall, wenn eine Sprache/Varietät von verschiedenen Sprechern/Sprechergruppen unterschiedlich gut beherrscht wird (wie es beim Gebrauch von Fremdsprachen vorkommt, aber auch, wenn ein Nicht-Fachmann mit einer Fachsprache konfrontiert ist) und wenn – und das ist wichtig – auf Grund hegemonialer Machtstrukturen ein sonst normales Aushandeln von Störungen behindert ist, so daß dominierte Sprechergruppen kommunikative Nachteile hinnehmen müssen. Diese Nachteile können sie artikulieren, meist indem sie auf die zweite Aufgabe von Sprache Bezug nehmen.

Als Symbolsystem ermöglicht es Sprache, dank ihres Verflochtenseins mit der Geschichte einer Sprechergruppe/Sprachgemeinschaft und den historisch-konkreten Biographien ihrer einzelnen Mitglieder, Zusammengehörigkeiten wahrzunehmen und Identitäten zu definieren. Indem also eine bestimmte Sprache gebraucht wird, wird Zusammengehörigkeit angezeigt und empfunden. Sprache wird so zu einem wichtigen und für die Beteiligten leicht wahrnehmbaren Hinweis auf Identität, allerdings nicht zum einzigen. Gewöhnlich werden die identitätsstiftenden Eigenschaften einer Sprache mit bestimmten (positiven) Werten verbunden. (Dies ist auch der Grund, weshalb Sprecher oft großen Wert darauf legen, daß zwei sehr ähnliche Sprachen bzw. auf einer gemeinsamen Dialektgrundlage entstandene Varianten einer Sprache verschiedene Sprachen sind: Serbisch und Kroatisch, Tschechisch und Slowakisch, Rumänisch und Moldauisch, Hindi und Urdu usw.)

Ginge es nur um die Sprache als Kommunikationsmittel, könnten Konflikte in gewissem Umfang vermieden werden. Verschiedensprachigkeit kann die Verständigung einschränken, aber nicht verhindern. Weil Sprache aber mehr als ein Kommunikationsmittel ist, greifen die für die Konfliktüberwindung empfohlenen sprach-

politischen Maßnahmen, die mehr oder weniger auf die Verpflichtung oder die Befähigung zum Gebrauch der dominierenden Sprache hinauslaufen, in den meisten Fällen zu kurz.

Unter Sprachdiskursen verstehe ich das, was Sprechergruppen über die identitätsstiftenden Eigenschaften einer Sprache und die damit verbundenen Werte reden oder schreiben. In einem solchen Diskurs manifestiert sich eine bestimmte Sprachideologie, d. h., ein System von Annahmen und Glaubenssätzen über den Wert einer Sprache. Sprachideologien lassen sich dominierenden oder dominierten Sprechergruppen zuordnen. Sie erzeugen bei den Sprechern ein bestimmtes Sprachbewußtsein. Es ist sinnvoll, Sprachideologien und Sprachbewußtsein nicht als kognitive Prägungen zu verstehen, die nur schwer überwunden werden können, sondern eher als strategische Ressourcen, mit denen symbolische Macht konstruiert und als etwas scheinbar natürlich Gegebenes wahrnehmbar gemacht werden kann. Im allgemeinen werden Sprachideologien u. a. auch von der Sprachwissenschaft gestützt. Die läßt sich natürlich nicht auf diese stützende Funktion reduzieren; in vielen Fällen enthält sie aber mehr oder weniger starke Momente von Sprachideologie oder jedenfalls Aussagen, auf die sich eine Sprachideologie berufen kann. Wie der Sprachdiskurs im einzelnen gestaltet wird, hängt immer von gegebenen Machtstrukturen bzw. den sich abzeichnenden Möglichkeiten ihrer Veränderung ab.

Die Aufgaben, die das im Sprachdiskurs zu erzeugende Sprachbewußtsein zu erfüllen hat, lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen. *Erstens*: Festlegen, was eine Sprechergruppe charakterisiert, wer zu ihr gehört und welchen Wert/Vorteil diese Zugehörigkeit hat = Innenperspektive. *Zweitens*: Die Abgrenzung von anderen Sprechergruppen, das Herausstellen von (bewerteten) Unterschieden, Vergleiche mit anderen Sprechergruppen = Außenperspektive.

Ein primäres Diskursfeld, vor allem der Innenperspektive, ist das, was man als Sprachpflege oder Sprachkultur zusammenfassen kann. In diesem Diskurs wird ein bestimmtes »Niveau« des Sprachgebrauchs als erstrebenswert empfohlen. Wer als vollwertiges (gebildetes) Mitglied der Sprachgemeinschaft gelten will, muß oder sollte sich diesem Niveau nähern. Dieser Diskurs ist in verschiedenen Gesellschaften und zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich ausgeprägt. Er hat aber immer etwas zu tun mit der Definition von Identitäten, mit der Ausgrenzung oder Abwertung von Sprechergruppen, manchmal mit der Herausbildung (oder auch Ablösung) von Eliten.

Gewissermaßen ein Auswuchs dieses Diskurses ist der des Sprachpurismus, der nicht nur das Eigene hochhebt, sondern das Fremde ablehnt oder sogar diffamiert, was unter Umständen darauf hinauslaufen kann, Fremdenhaß zu schüren.

Bereits in diesen Diskursen wird mit dem Argument operiert, daß Sprachen bestimmte Werte verkörpern. So gibt es eine Unzahl von Betrachtungen (sogar zahlreiche Gedichte) über die deutsche Sprache (das ist aber kein deutsches Phänomen; Ähnliches ließe sich auch für andere Sprachen zusammentragen), in denen ihr vor allem folgende Werte zugeordnet werden: Ein Grundwert ist die Verträutheit (Sprache der Mutter). Ein anderer die Klarheit, Reinheit.

Eine beliebte Metaphorik für die deutsche Sprache liefert der Gebirgsbach, der schließlich zum Strom anschwillt: klar, hell, sauber, mächtig. Davon abgeleitete Werte sind die Ehrlichkeit gegenüber der Unehrllichkeit, die Verständlichkeit, Direktheit und Deutlichkeit gegenüber einer stilistischen Ausgefeiltheit, die nur die Verschleierung begünstigt. Weitere Werte sind die Stärke und Wehrhaftigkeit der deutschen Sprache, ihre Gesundheit, die es ihr erlaubt, fremden Einflüssen zu widerstehen.

All dies mag merkwürdig und sogar unernst klingen. Vielleicht wäre es das auch, wenn nicht die alte und verbreitete und in gewisser Hinsicht sicher nicht von der Hand zu weisende Auffassung dahinterstünde, daß mit jeder Sprache eine bestimmte Art, die Welt zu sehen, verbunden ist (Weltsicht) und daß sich der Nationalcharakter (Volkstum, Volksgeist) in einer Sprache ausdrücke – und wenn es nur Wunschbilder sind, die hier aufgebaut werden.

Es ist hier nicht der Ort, auf dieses komplexe Thema näher einzugehen. Nur so viel: Es scheint eine Tatsache zu sein, daß Perspektiven auf die Welt in einem gewissen Umfang von kulturellen Traditionen bestimmt sind, die sich auch in den sprachlichen Symbolsystemen manifestieren. Allerdings sind wir diesen Vorgaben nicht schicksalhaft ausgeliefert. Wir können sie auch in Frage stellen oder zumindest relativieren.

Hier setzt nun ein spezifischer Sprachdiskurs an. Es wird argumentiert, daß das Aussterben einer Sprache das Ende einer Kultur oder einer ethnischen Identität bedeutet. Es wird ein Recht auf Muttersprache gefordert. In den meisten europäischen Sprachenkonflikten ist gerade die Verletzung dieses Rechts angeklagt worden. Territoriale Anschlüsse sind u. a. auf diese Weise gerechtfertigt worden. Ethnische Minderheiten in anderssprachiger Umgebung sind unter Berufung auf die prägende Kraft der Muttersprache zum Widerstand aufgerufen worden. Beispiele: die Sprachsituation in Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Südtirol, Ungarn, Rumänien, Tschechoslowakei. Ausgehend von der Vorstellung, daß eine Sprache das Denken auf spezifische Weise prägt, ist argumentiert worden, daß bei mangelndem Unterricht etwa in der deutschen Sprache auch die Fähigkeit, »deutsch zu denken«, nicht mehr ausgebildet wird. Diesem Diskurs stehen allerdings zahlreiche Beispiele gegenüber, daß etwa Einwanderer bereits in der zweiten Generation ihre Muttersprache aufgegeben haben, ohne ihre kulturelle Eigenheit völlig zu verlieren und jedenfalls ohne unter solchen Verlusten zu leiden (deutsche Einwanderer in den USA und anderen englischsprachigen Ländern und viele andere). Auch in Elsaß-Lothringen, dessen Sprachsituation gern als Beispiel für die Unterdrückung des Deutschen angeführt wurde, war es keineswegs so einfach, daß die Deutschsprachigen immer zu Deutschland wollten oder daß sie immer ihre Sprache behalten und dem Französischen Widerstand leisten wollten. Oder Luxemburg: Obwohl ein moselfränkischer Dialekt Nationalsprache ist, war die deutsche Hochsprache im offiziellen Gebrauch außerhalb der Kirche nie eine ernsthafte Konkurrenz für das Französische. Ähnliches gilt auch für die Teile der Schweiz mit französischsprachiger Bevölkerungsmehrheit.

Es gibt also offensichtlich keinen eindeutigen Zusammenhang

zwischen Sprachgebrauch und kulturellen oder mentalen Eigenheiten. Wir denken nicht deshalb auf eine ganz charakteristische Art, *weil* wir diese und keine andere Sprache sprechen. Aber über die Sprache, die wir verinnerlicht haben, und durch den Diskurs über sie können uns kulturelle Traditionen und Werte vermittelt sein, von denen wir uns dann auch in unserem Denken leiten lassen. Vielmehr wird der Symbolwert von Sprache benutzt, um Konflikte zu fokussieren, anzuheizen oder auch zu entschärfen. Zweifelloser ist der Verlust von Sprachen immer auch ein Verlust an kultureller Vielfalt und insofern eine Verarmung der Menschheit – und für die Betroffenen möglicherweise ein Verlust an Identität. In einer Welt aber, in der das Geld zum bestimmenden Faktor geworden ist, bedeutet Mehrsprachigkeit stets auch eine ökonomische Belastung, die gerade die Schwächeren immer noch härter trifft. (Beispiele reichen von der faktischen Nicht-Realisierbarkeit eines allgemeinen Rechts auf Muttersprache bis zu den Sprachproblemen in den Gremien des sich angeblich zusammenschließenden Europa)

Bei der Begründung von Werten hat die Sprachwissenschaft bisweilen eine wichtige Rolle gespielt. So war es einer der Grundgedanken sprachwissenschaftlicher Theoriebildung im 19. Jahrhundert, daß die Verschiedenheit menschlicher Sprachen bestimmte Stufen in einer Entwicklung vom Einfachen zum Vollkommenen darstellt. Zu den auffallenden Unterschieden zwischen den Sprachen gehört zweifellos ihr morphologischer Bau. Als urtümlichste Sprachen begriff man die isolierenden oder Wurzelsprachen, die ihrem historischen Stand nach »Familiensprachen« seien (z.B. Chinesisch); die agglutinierenden Sprachen ordnete man als »Nomadensprachen« ein; die flektierenden Sprachen dagegen, zu denen die arischen (nach heutiger Terminologie: indoeuropäischen oder indogermanischen) und semitischen, also auch die meisten europäischen Sprachen gehören, seien die eigentlichen »Staatssprachen«, nur ihre Sprecher hätten es zur Gründung dauerhafter Staaten gebracht.

Eine solche entwicklungsgeschichtliche Wertung konnte lange Zeit als Rechtfertigung für die Bevorzugung indogermanischer Sprachen gegenüber jenen dienen, die vor allem in den Kolonien gesprochen wurden – obwohl eine solche Wertung nicht unbedingt durch die Geschichte der jeweiligen Sprecher gestützt wird. Bei den Unterschieden in der Morphologie handelt es sich offensichtlich um verschiedene, aber prinzipiell gleichwertige Wege der Strukturierung eines semiotischen Systems. Selbst wenn rückblickend(!) der eine Weg »ökonomischer« erscheint als ein anderer, folgt daraus noch keine Rangordnung. Denn die enorme Komplexität, die menschlicher Sprache eigen ist, liefert immer auch Kompensationsmöglichkeiten für auftretende Lücken.

Einer verbreiteten Auffassung entsprechend ist Sprache in irgendeiner Weise Ausdruck des Denkens. Deshalb meint man, daß Sprachen, in denen logische Elemente und Beziehungen deutlicher unterschieden werden, für logisches Denken besser geeignet seien. Durch die Verwendung einer solchen Sprache werde man zum logischen Denken angehalten. Auch hier ist es nicht die Sprache an sich, der eine Leistung eigentümlich ist, die andere Sprachen nicht zu Wege bringen. Vielmehr sind es spezifische kulturelle Traditio-

nen insbesondere wissenschaftlicher und schriftsprachlicher Diskurse, die angemessene Ausdrucksweisen hervorgebracht haben, die anderen Sprachen noch fehlen mögen, die ihnen aber nicht grundsätzlich verschlossen sind.

Wie ernst eine bewertete Sprachverwandtschaft genommen wird – auch und vielleicht gerade von Sprachgemeinschaften, die sich gegen Dominierung erst durchzusetzen haben –, zeigt der ungarische Sprachdiskurs des 19. Jahrhunderts. Obwohl, nicht erst aus heutiger Sicht, kein Zweifel an der Zugehörigkeit des Ungarischen zur finno-ugrischen Sprachfamilie bestehen kann, wurde lange Zeit lieber eine Verwandtschaft mit den Turk-Sprachen und ihren als kriegerisch und stark empfundenen Sprechern gesehen als mit den »fischessenden« finno-ugrischen Völkern in Nordeuropa und Sibirien.

Unter Sprachpolitik verstehe ich staatlich angeordnete Maßnahmen, die sich auf Erwerb und Gebrauch einer Sprache beziehen. Sprachpolitik kann dazu dienen, Sprachenkonflikte gewissermaßen von oben zu lösen. Das kann mit verschiedenen Formen von Unterdrückung einhergehen, aber auch mit Versuchen des Ausgleichs. Eine bestimmte Sprachpolitik ist, von der anderen Seite her, häufig etwas, das bekämpft wird und auf diese Weise in den Sprachdiskurs sich widersetzender Sprecher (oder ihrer Ideologen) eingeht.

Sprachpolitik in Europa, aber nicht nur hier, ist zu einem großen Teil der Idee sprachlicher Homogenität verpflichtet, nach der eine ideale Gesellschaft die ist, die möglichst homogen ist. Demzufolge wird eine einheitliche Sprache als symbolisches Band der Nation begriffen. Europäischer Nationalismus ist auch als Sprachnationalismus bezeichnet worden. Deshalb bemüht sich Sprachpolitik hier häufig darum, dieses monolinguale symbolische Band zu bewahren, zu festigen oder durchzusetzen. Sprachliche Minderheiten im eigenen Land werden, soweit es möglich ist, unterdrückt (Beispiel Sorben in Deutschland). Solange die Unterdrückung auf (außenpolitische?) Grenzen stößt, wird eine partielle Freizügigkeit versucht. Und jener Diskurs, der sich auf sprachpolitische Aktivitäten des Auslands bezieht, greift in der Regel genau die Maßnahmen an, die innerhalb der eigenen Grenzen für zulässig und angemessen gehalten werden.

Preußen hatte spätestens nach der Zweiten Polnischen Teilung (1793) eine relativ große Zahl polnischsprachiger Untertanen. Obwohl von Anfang an kaum Zweifel daran bestand, daß das Deutsche langfristig die dominierende oder alleinige Sprache auch in der Provinz Posen werden müsse, war die Haltung zur Unterrichtung des Polnischen und zu seinem Gebrauch in der Öffentlichkeit anfangs relativ tolerant. Einschränkungen nahmen nach dem polnischen Aufstand 1830 zu, eine stärkere Zurückdrängung setzte nach der Gründung des Deutschen Reiches und mit der Verabschiedung des Geschäftssprachengesetzes (1876) ein, das nicht nur, wie weithin üblich, von den Beamten die perfekte Beherrschung der dominierenden Sprache verlangte, sondern nicht-deutsche Sprachen aus dem öffentlichen Verkehr überhaupt weitgehend ausschloß. (Übrigens ist die »Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift« auch heute noch nach dem Bundesbeamtenengesetz § 20a Voraussetzung für die Zulassung als Beamter.) Es bleibt festzuhalten, daß auch die immer brutalere Zurückdrängung der polnischen Sprache die ethnische

Einheit der polnischen Bevölkerung nicht zerstören konnte. Der Politik gegenüber dem Polnischen sehr ähnlich war auch die gegenüber dem Dänischen und Französischen in jenen Gebieten, die zeitweilig zu Preußen oder zum Deutschen Reich gehörten.

Ein sehr instruktives Beispiel für die Einbindung von Sprachdiskursen in politische Entwicklungen und deren Interpretation oder Rechtfertigung ist auch der Diskurs über die deutsch-deutsche Sprachsituation. Bis in die Mitte der fünfziger Jahre gab es Stimmen von DDR-Seite, auch von Linguisten, die vor negativen Konsequenzen für die Einheit der deutschen Sprache warnten, die sich aus der Eingliederung der BRD in westliche Vertragssysteme ergeben könnten. In der BRD fanden diese frühen Stimmen kein Echo. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erschienen hier verschiedene Aufsätze, die ihrerseits der DDR Sprachspaltung vorwarfen. Es verwundert nicht, daß der Vorwurf der sprachlichen Sonderung und der Überfremdung der deutschen Sprache in der DDR nach 1961 einen Höhepunkt erlebte. Für die meisten DDR-Linguisten dagegen war die Einheit der deutschen Sprache in den späten fünfziger und den sechziger Jahren kein Diskussionsthema mehr. Anfang der siebziger Jahre kehrten sich die Positionen dann nahezu um. In dem Maße, in dem sich die DDR in gewisser Weise zu konsolidieren begann, wurde hier die Eigenständigkeit der Entwicklung betont, die sich natürlich auch in der Sprache niederschlagen mußte. 1970 ist bei uns an der Akademie ein Buch mit dem Titel »Sprache in beiden deutschen Staaten« gedruckt worden. Seine Grundthese war, daß die sprachlichen Unterschiede ziemlich gering waren und vor allem bestimmte Kommunikationsbereiche betrafen. Das Buch ist nie ausgeliefert worden. In den Vordergrund der Aufmerksamkeit rückten vielmehr die Unterschiede zur BRD. Da Sprache als ein Merkmal der Nation gesehen wurde und da Politiker der DDR sich der Illusion hingaben, es würde eine besondere »sozialistische deutsche Nation« entstehen, schien (auch für einige Linguisten in der DDR) die Frage legitim zu werden, in welchem Umfang die sprachliche Einheit noch existierte, wie lange sie noch erhalten bleiben würde und ob man nicht berechtigt sei, von zwei (bzw. drei, wenn man Österreich miteinbezog) Varianten der deutschen Sprache zu sprechen. Auf westdeutscher Seite wurde zur gleichen Zeit und mit dem im Prinzip gleichen argumentativen Hintergrund von Politikern die Sprache zum »einenden Band« der deutschen Nation erklärt. Als dann in den achtziger Jahren in der DDR eine gewisse Öffnung und Dialogbereitschaft erkennbar wurde, die auch die Besinnung auf eine nationale Kontinuität wieder zuließ, fiel der Blick ostdeutscher Linguisten erneut stärker auf Übereinstimmungen in der gemeinsamen deutschen Sprache.

All dies zeigt, daß man verschiedene Perspektiven auf Unterschiede haben kann, die dann entsprechend kleiner oder größer erscheinen. Deshalb ist es durchaus nicht paradox, daß gegenwärtig eher die Neigung besteht, zumindest aus westdeutscher Perspektive, wieder mehr und vor allem tiefergehende sprachliche Unterschiede zu sehen. Diese Betonung des Unterschiedlichen – wir finden sie in zahlreichen Medien-Beiträgen, aber auch in ver-

schiedenen wissenschaftlichen Arbeiten – ist dazu geeignet, und letztlich ist das auch ihre Aufgabe, ein bestimmtes Bewußtsein zu erzeugen:

Das sprachliche Repertoire der Ostdeutschen sei, wie auch sie selbst, gegenüber den Anforderungen der neuen Gesellschaft weniger entwickelt, zurückgeblieben. Ostdeutsche seien sprachlich weniger geübt, sie seien unbeholfen, präsentierten sich als Objekte und drückten sich (als Folge des Lebens unter einer Diktatur) übertrieben vorsichtig aus. Zumindest Teile des sprachlichen Repertoires insbesondere der älteren Ostdeutschen seien, soweit sie es als DDR-Sprache angeeignet haben, eigentlich nur eine Fortsetzung der Sprache des Dritten Reiches. Dieses Bewußtsein stellt eine zusätzliche Rechtfertigung des Anspruchs auf Überlegenheit dar und hat somit seine Funktion im Anschluß-Diskurs.

Literatur:

- Blonmaert, Jan/Verschuere, Jef (1992), The role of language in European nationalist ideologies. In: *Pragmatics* vol. 2, No. 3 (= Special issue on language ideology), ed. by Paul Kroskrity, Bambi Schieffelin, and Kathryn Woolard, 355-375.
- Briggs, Charles L. (1992), Linguistic ideologies and the naturalization of power in Warao discourse. In: *Pragmatics* vol. 2, No. 3 (= Special issue on language ideology), ed. by Paul Kroskrity, Bambi Schieffelin, and Kathryn Woolard, 387-404.
- Calvet, Louis-Jean (1988), Kolonisation und sprachpolitische Forderungen. In: U. Ammon/N. Dittmar/K.J. Mattheier (Hrsg.), *Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft*. 2. Halbband, Walter de Gruyter, Berlin, New York 1988, 1535-1541.
- Gal, Susan (1995), Linguistic theories and national images in 19th century Hungary. In: *Pragmatics* vol. 5, No. 2 (= Special issue on language ideology), ed. by Susan Gal and Kathryn Woolard, 155-166.
- Hartung, Wolfdieterich (1990), Einheitlichkeit und Differenziertheit der deutschen Sprache. Bemerkungen zur Diskussion um die nationalen Varianten. In: *Zeitschrift für Germanistik*, H. 4, 447-466.
- Hartung, Wolfdieterich (erscheint), Besonderheiten in der Redeweise Ostdeutscher: Probleme ihrer Wahrnehmung und ihrer Interpretation. (erscheint in den »Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät«)
- Müller, Max (1875), *Vorlesungen über die Wissenschaft der Sprache*. 3. Auflage Leipzig, Verlag von Julius Klinkhardt.
- Nelde, Peter H. (1987), Research on Language Conflict. In: U. Ammon/N. Dittmar/K.J. Mattheier (Hrsg.), *Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft*. 1. Halbband, Walter de Gruyter, Berlin, New York 1988, 607-622.
- Pabst, Klaus (1980), Das preußische Geschäftssprachengesetz von 1876 – Sprachwechsel nationaler Minderheiten als Mittel politischer Integration. In: Peter Hans Nelde (Hrsg.), *Sprachkontakt und Sprachkonflikt*. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 191-200.
- Scharnhorst, Jürgen (Hrsg.), *Sprache in beiden deutschen Staaten. Beiträge zum Thema »Sprache und Politik«*. Akademie-Verlag, Berlin 1970.
- Woolard, Kathryn A./Schieffelin, Bambi B. (1994), Language ideology. In: *Ann. Rev. Antropol.* 23: 55-82.